



Roland Popp, Nahost-Experte der ETH Zürich, erklärt den Konflikt zwischen Saudis und Huthi

«Die Kriegsgefahr ist real»

Blick Herr Popp, worum geht es beim Konflikt an der Grenze zwischen Saudi-Arabien und dem Jemen?

Roland Popp: Um die Herrschaft im Jemen. Traditionell haben darüber immer die Saudis bestimmt, und das wollen sie auch weiterhin. Der Machthaber, der ihnen passen würde, ist nun im saudischen Exil. Seine Anhänger im Jemen werden zurückgedrängt.

Gegen wen kämpfen denn die Saudis? Gegen die sogenannten Huthi-Rebellen. Das ist eine schiitische Bürgerkriegsgruppe, bei der nicht ganz klar ist, ob und inwiefern sie vom Iran unterstützt wird. Dem saudischen König geht es auch darum, den arabischen Frühling möglichst weit zurückzudrängen. Das Königreich hat Angst vor einer zweiten Hisbollah.

Wie sieht die aktuelle Situation im Grenzgebiet aus?

Es ist sehr schwierig, sich einen Überblick zu verschaffen. Die letzten Wochen hindurch bombardierten die Saudis Huthi-Stellungen aus der Luft. Offenbar sammeln sie aber auch Truppen an der Grenze rund um Najran. Seit Dienstag soll offiziell eine Feuerpause gelten. Doch ich bin skeptisch.

Wie geht es nun weiter?

Ich schliesse nicht aus, dass die Huthis versuchen, auf saudischem Boden Attacken durchzuführen. Auch der Einsatz von saudischen Bodentruppen im Jemen ist ein mögliches Szenario. Denn dem saudischen König graut davor, sein Gesicht zu verlieren. Bisher war die Operation nicht von Erfolg gekrönt. Die Kriegsgefahr ist real.

Interview: Christof Vuille



Luftschläge

Seit Wochen greift die saudische Luftwaffe Jemen an. Am Montag waren Huthi-Stellungen bei der Hauptstadt Sanaa das Ziel (Bild).



Lobbyisten flüchten aus dem Bundeshaus

Und Kasachstan-Beraterin Baumann stellt sich vor Markwalder

Jetzt ziehen die ersten Lobbyisten Konsequenzen: **Dominique Reber hat gestern seinen Zutrittsbadge zum Bundeshaus abgegeben.** Erhalten hatte er diesen von CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Der Partner bei der Kommunikationsberatung Hirzel, Neef, Schmid Konsulten sagt, **dies zu tun sei «das Gebot der Stunde».** Die Zeit der Götti-Ausweise sei vorbei. Weil dies Parlamentarier und Lobbyisten in **«undurchschaubare und konfliktträchtige Abhängigkeiten»** bringe.

Reber und weitere Partner von Hirzel, Neef, Schmid Konsulten forderten schon mehrfach, dass sich Lobbyisten stattdessen in einem Register anmelden und ihre Arbeitgeber offenlegen. Unter Angabe eines Grundes sollen sie dann **einen Tagesausweis ins Bundeshaus verlangen.** So könne die «Dauerpräsenz» vermieden werden. Die Akkreditierung von Lobbyisten forderte auch FDP-Nationalrat Andrea Caroni in einem Vorstoss. Ohne Erfolg.

Neben Reber hat **Thierry Burkart seinen Badge abgegeben.** Der Präsident des TCS Aargau und FDP-Grossrat hatte ihn von Christa Markwalder. «Ich wollte keine Probleme», sagt er. Zudem schloss gestern Ulrich Giezendanner **Hans-Ulrich Hunziker aus der Wandelhalle aus.** Die Kasachstan-Affäre habe damit nichts zu tun, so der SVP-Nationalrat. Er sei schlicht nicht mehr bei der Swiss Association Value Added Services, deren Geschäftsführer Hunziker ist.

Derweil rollt die juristische Aufarbeitung der Affäre an. Bei der Bundesanwaltschaft ist die Anzeige gegen FDP-Nationalrat Walter Müller eingegangen. Die-



Lobbyistin Marie-Louise Baumann (r.) entschuldigt sich bei FDP-Nationalrätin Christa Markwalder (l.).



ser hatte sich eine Reise nach Kasachstan bezahlen lassen. **Doch die Jungsozialisten haben geschlampt: Die Anzeige sei «in Form eines unverbindlichen E-Mails, also nicht über die anerkannte Zustellplattform eingetroffen»,** sagt André Marty, Sprecher der Bundesanwaltschaft. Man werde die Jungsozialisten darauf aufmerksam machen. **Burson-Marsteller-Lobbyistin Marie-Louise Baumann** räumte

gestern Abend Versäumnisse ein: Sie sei der Meinung gewesen, dass sie Markwalder über die Mitwirkung ihres kasachischen Kunden an dem Vorstoss «immer transparent und umfassend informiert» habe. Sollte tatsächlich ein Missverständnis entstanden sein, entschuldige sie sich und übernehme die «volle Verantwortung».

Nico Menzato

Transparenz – und zwar überall

Die FDP fordert Transparenz, Lobbyisten geben ihren Bundeshausbadge ab – das grosse Reinemachen rund um die Kasachstan-Affäre hat begonnen. Das ist gut so. Doch es reicht nicht. Die Affäre muss der Anstoss sein, auf allen Ebenen für mehr Transparenz zu sorgen.

Es braucht klare Spielregeln für Lobbyisten. Einen entsprechenden Vorstoss aus den Reihen der FDP hat der Nationalrat – mit Hilfe der nun so empörten FDP – vor einem Jahr abgelehnt. Der Vorstoss gehört wieder auf den Tisch.

Es braucht Lohntransparenz. Parlamentarier sollen nicht

Das meint Blick

Ruedi Studer
Bundeshaus-Redaktor
ruedi.studer@ringier.ch

nur ihre Interessenbindungen offenlegen müssen, sondern auch die mit diesen Mandaten und Ämtern verbundenen Einnahmen.

Es braucht Transparenz bei der Parteienfinanzierung. Die Bürger sollen wissen, welche grossen Geldgeber hinter den Parteien stehen, die um ihre Stimme werben.

Nur so gewinnt die Politik das verspielte Vertrauen zurück.

50-Euro-Grenze ist umstritten

Konstanz (D) – Eine Bagatell-Grenze von 50 Euro soll her, um Schweizer Einkaufstouristen zu bremsen. Baden-Württemberg hofft, so die Flut grüner Ausfuhrscheine für die Mehrwertsteuer-Rückerstattung einzudämmen (BLICK berichtete). Für heftigen Protest sorgt das Vorhaben bei den Händlern in Südbaden. Sie begründen diesen mit den hohen Summen, die gerade mit kleinen Beträgen im Grenzland umgesetzt würden: **«Bei einer Bagatell-Grenze von 50 Euro betrifft dies rund 30 Prozent aller Einkäufe»,** warnt Bertram Paganini von der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee im «Südkurier». Das entspreche 400 Millionen Euro, für die es für Schweizer dann keine Mehrwertsteuer zurückgebe. Viel Geld, das nun wieder in die Kassen der Schweizer Detailhändler fließen könnte. Vorausgesetzt, die Bagatell-Grenze kommt tatsächlich und vergällt den Einkauf im Ausland. Dass davon nicht auszugehen ist, zeigt die BLICK-Umfrage (Seite 14). Fast 40 Prozent lassen sich den Einkauf in Deutschland dadurch nicht vermiesen. **Ulrich Rotzinger**



«Bei uns stehen am Sitz der Billag Arbeitsplätze auf dem Spiel.»

Jean-François Rime, Präsident SGV und SVP-Nationalrat.

Billag spaltet Gewerbeverband

Jetzt streiten Präsident, Direktor und Kammer

Billag-Mitarbeiter haben es nicht leicht. Denn das Image der Inkasso-Firma dürfte nur leicht höher liegen als dasjenige von Bordellbetreibern. Doch nun spaltet die Swisscom-Tochter das Schweizer Gewerbe! **Besonders laut poltert aktuell Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV).** Er ergriff das Referendum gegen das neue Radio- und TV-Gesetz.

Deshalb erstaunt es sehr, was sein Präsident Jean-François Rime in einem Leserbrief in den «Freiburger Nachrichten» erklärt. Als Freiburger sei ein Nein zum neuen Gesetz doppelt wichtig. **«Denn bei uns stehen am Sitz der Billag zusätzlich rund 170 Arbeitsplätze auf dem Spiel»,** doziert der SVP-Nationalrat. Bei einem Ja würden viele wegfallen, weil die Gebühr der Unternehmen künftig an den

Umsatz gekoppelt wäre. **Setzt sich der SGV also plötzlich für die oft gescholtenen Billag-Kontrolleure ein?**

Nicht wirklich: «Wie Polizeischnüffler versuchen die Kontrolleure, die Bevölkerung einzuschüchtern», wettet Direktor Bigler. So habe etwa sein Sohn schon wenige Wochen nach dem Umzug Besuch erhalten. «Das ist absurd», findet er. **Zu Rimes Offensive für die Billag-Mitarbeiter sagt er nur: «Das ist eine kantonale Angelegenheit.»** Auch wenn die Gewerbebesse in dieser Frage geteilter Meinung sind: Beide schießen aus allen Rohren gegen das neue Gesetz.

Und damit ecken sie auch bei den eigenen Leuten an. CVP-Nationalrat Alois Gmür ist ein klassischer Gewerbler. Der Bierbrauer sitzt als Zentralpräsident des Verbands der Getränkegrossisten in der Gewerbekammer, dem Parlament des SGV. Für ihn ist klar: «Bigler und Rime haben sich in dieser Sache verrannt.» Die ganze Kampagne gegen das Radio und TV-Gesetz sei «unsinnig», so Gmür. «Sie ist zu einer One-Man-Show des Direk-

tors verkommen, der damit seine Wahl in den Nationalrat sichern will.»

Auch der Schwyzer ärgert sich über die heutigen Billag-Kontrollen. Diese seien «extrem mühsam und kosten viel Zeit und Ärger», so der Unternehmer. Deshalb würde ein Ja das Gewerbe von «unnötiger Bürokratie entlasten». 75 Prozent der Unternehmen bezahlten künftig nichts mehr. Dass Rime nun eine Lanze für die Billag breche, zeigt für ihn exemplarisch, wie gespalten der SGV sei.

Die laute Kampagne sei «für das gesamte Gewerbe schädlich». Deshalb sagt Gmür über das Führungs-Duo Bigler und Rime: «Sollte sich Ähnliches bei anderen Abstimmungen wiederholen, stelle ich ihre Führungsqualitäten in Frage.» **Christof Vuille**



«Die Kontrolleure versuchen, die Bevölkerung einzuschüchtern.»

Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler.